

Erich Gysling:

„Arabellion“ – wer verfolgt welche Ziele?

Alles begann mit der Verzweiflungstat eines Einzelnen: der 26jährige Tunesier Mohammed Bouazizi überschüttete sich am 17. Dezember 2010 in der Stadt Sidi Bouzid mit Benzin und brachte sich so lebensgefährliche Verbrennungen bei. Es war ein entsetzlicher Aufschrei gegen die menschenwürdigen Lebensumstände in seinem Land, für die sein eigenes Schicksal typisch war: Bouazizi hatte Informatik studiert, erhielt in seinem Beruf keinen Job, schlug sich als Gemüse- und Obstverkäufer mit einem Handwagen durch, und als die Polizei ihm dieses Gefährt beschlagnahmte, suchte er den Tod. Im Januar starb er – ohne dass er wissen konnte, was danach folgen sollte: eine Welle von Protesten, von Aufständen gegen die Herrscher in den arabischen Ländern, von Tunesien quer durch Nordafrika, weiter nach Syrien, Bahrain, Jemen und sporadisch auch in andere Länder des Nahen und des Mittleren Ostens. Die ganze Region im Aufbruch oder schon im Umbruch, mit blutigen Auseinandersetzungen vor allem in Libyen, in Syrien und Ägypten, mit der Unterdrückung eines Volksaufstands in Bahrain und mit labiler (vorläufiger?) Stille in Algerien, Marokko und Jordanien.

Man sprach von einem „arabischen Frühling“ und hoffte allgemein auf einen Wandel in Richtung Demokratie. Wie schwierig sich dieser Prozess gestalten würde, konnte man anfänglich nicht erkennen. Bis zum Sommer wusste man dann schon: auf jeden Fall viel schwieriger als erwartet, und im Herbst reifte die Erkenntnis, dass die Entwicklung in einigen Ländern zu stagnieren begann, in anderen führte sie in neue Engpässe. „Arabellion“ nannte man nun gerne diesen Auf- und Umbruchprozess: eine Rebellion gegen die herrschenden Eliten in den arabischen Ländern, eine revolutionäre Bewegung mit weitgehend ungewissem Ausgang.

Die Ursachen

Die wirtschaftliche Not breiter Schichten in der Bevölkerung vieler arabischer Länder war der auslösende Faktor für die Volkswut. Das Schicksal des tunesischen Gemüsehändlers Bouazizi schien dafür fast modellhaft: jung, gute Ausbildung, aber ohne Chancen auf einen qualifizierten Job und Aufstiegsmöglichkeiten. In allen Ländern der nah- und mittelöstlichen Region (Ausnahmen bildeten die ölreichen Golfstaaten) erreichte die Arbeitslosigkeit bei der Generation unter 25 Jahren im Durchschnitt zwischen 25 und 40 Prozent. Dafür machten die Jugendlichen (aber nicht nur sie) jetzt mehr und mehr die Herrschenden verantwortlich. Sie wiesen darauf hin, dass die Autokraten dafür sorgten, dass eine kleine Schicht von Reichen immer noch reicher wurde, dass der Mittelstand ständig verlor und dass die bereits Armen noch etwas ärmer wurden. Wie das? Präsidenten wie Mubarak in Ägypten oder Ben Ali in Tunesien erkaufte sich die Gunst der Oberschicht und der Generäle durch die Vergabe von Konzessionen, durch das Zuschancen von lukrativen Geschäften etc. Die Preise für Konsumgüter stiegen, die Löhne stagnierten, die Arbeitslosigkeit wurde nicht geringer.

Ein wesentliches Element im Bereich des Wirtschaftlichen war überall die Korruption. Wer von einer Polizeidienststelle etwas verlangte, bei den Polizisten wegen erlittenen Unrechts vorstellig wurde, musste im voraus zahlen. Wer in einem staatlichen Krankenhaus eine gute Behandlung erwartete, musste ebenfalls Geld hinlegen. Korruption durchzog alle Gesellschaften und alle Gesellschaftsschichten. Lange Zeit wurde das murrend akzeptiert – jetzt machten die Bürgerinnen und Bürger dafür in erster Linie die obersten Herrscher verantwortlich.

Als zweites Element kam die Frustration als Folge der politischen Manipulationen hinzu. Die Regime liessen zwar in den meisten Ländern Wahlen durchführen, aber das Resultat war immer schon im voraus absehbar. Denn die Regierenden sorgten dafür, dass nur ihnen selbst genehme Kandidaten oder Kandidatinnen antreten konnten, sie siebten die Namen der Zugelassenen nach eigenem Gutdünken aus und garantierten so die „Kontinuität“. Gepaart wurde

dieses Verhalten mit Repression in, von Land zu Land, unterschiedlicher Intensität. Mit zur Repression gehörte die Zensur der Zeitungen, des Radios, des Fernsehens und die Eingriffe in die Internet-Informationen.

Wer engagierte sich?

Die Proteste begannen als Teil einer Bürgerbewegung. Mehrheitlich, aber nicht ausschliesslich, war die junge Generation an der Spitze der Demonstrationen. Auch Frauen nahmen in grosser Zahl an den Kundgebungen teil (besonders in Tunesien und Ägypten). Die Religion spielte anfänglich keine Rolle, aber das änderte sich im Verlauf des Jahres. Als die Präsidenten Mubarak (Ägypten) und Ben Ali (Tunesien) verjagt waren, begannen auch muslimische Interessengruppen ihre Anliegen vorzubringen. Zu recht, wie ihre Anhänger meinten – schliesslich konnte man davon ausgehen, dass etwa 20 oder 30 Prozent der Menschen in Ägypten mit den Moslembrüdern sympathisierten. Also forderten die Moslembrüder jetzt auch die Beteiligung am politischen Leben (was ihnen unter Mubarak verweigert worden war). Ähnlich war's in Tunesien. Wie gross der Einfluss von muslimischen Organisationen in Ländern wie Syrien oder Libyen war und ist, blieb Spekulation.

Man musste andererseits auch erkennen: nicht jede muslimische Organisation will der Gesellschaft ihr eigenes Modell von Wertevorstellungen aufzwingen. Es gibt muslimische Kreise, welche die Koexistenz mit einer laizistischen Ordnung anstreben; es gibt andere, die innerhalb des betreffenden Landes die Dominanz etwa beim Zivilrecht beanspruchen; es gibt wieder andere, die strikt auf die Beachtung der shari'a, also des islamischen Rechts, bestehen (wobei dieses islamische Recht von einer Denkschule zur anderen unterschiedlich ausgelegt wird). Auch die islamischen Organisationen, das betonten ihre Repräsentanten immer wieder, wollten die autokratischen Systeme durch demokratische Ordnungen ersetzen. Aber unter Demokratie verstanden / verstehen sie nicht das Gleiche wie Menschen in Europa: die islamischen Gesetze seien grundlegend, aber innerhalb des shari'a-Gesetzeskörpers gebe es sehr viele Möglichkeiten für freie Interpretation, und so sei Demokratie durchaus möglich, ja wünschbar. Das Individuum stehe aber in einer Demokratie in der islamischen Welt nicht im Vordergrund, sondern Gott stehe im Zentrum, sagte beispielsweise der Chef der tunesischen al-Nahda („Renaissance“-)Partei, Rashid al-Ghannouchi.

Die Medien

In allen Ländern, in denen die „Arabellion“ abrollte, spielten die Medien eine wesentliche Rolle. Wer eine Kundgebung organisieren wollte, gab das auf Facebook oder Twitter bekannt. Ort und Zeitpunkt wurden so definiert, oft auch die Ziele. Pläne und Ideen verbreiteten sich so blitzschnell. Hinzu kamen Erfahrungsberichte von Aktivisten, die von der Polizei oder den Geheimdiensten verfolgt wurden – und das Internet ganz allgemein sowie die mobile Telefontelefonkommunikation. Auch der Fernsehsender al-Jazeera hatte bei der Verbreitung der Informationen eine wichtige Rolle: Reporter und Reporterinnen des Senders (stationiert in Qatar) berichteten dichter als europäische oder US-Stationen über die Demonstrationen, die Konflikte, die Prozesse gegen entmachtete Herrscher (Mubarak, Ben Ali), und dies in der eigenen Sprache, dem Arabischen.

Im Westen herrschte, bei der Beobachtung der „Arabellion“, lange Zeit die Meinung vor: wer jung ist und sich der neuen Medien bedient, der oder die wird ja wohl auch politisch und gesellschaftlich alles Neue akzeptieren. Doch da irrte man: Meinungsumfragen belegten, dass die junge Generation (wichtigstes, aber nicht einziges Element in der Bewegung) oft konservativer denkt als die ältere. In Ägypten und Jordanien sagten mehr junge Leute als ältere, sie seien für Strafen nach alter islamischer Gewohnheit, beispielsweise: der Mann dürfe die Frau schlagen, wenn sie nicht gehorche, und Dieben sollte man eine Hand abhacken.

Die Herrschenden

Sie reagierten sehr unterschiedlich auf die unerwartete Herausforderung. Der tunesische Präsident Ben Ali kapitulierte aufgrund der Erkenntnis, dass er keine ihm günstig gesinnte Generalität hatte. Er flüchtete nach Saudiarabien. Ägyptens Mubarak versuchte zuerst, die Aufständischen auf dem Tahrir-Platz in Kairo durch Gewalt einzuschüchtern, dann probierte er es mit einem Dialog und mit Kompromissbereitschaft. Seine eigenen Generäle aber glaubten zu erkennen, dass sie selbst ihre Positionen besser ohne als mit Mubarak wahren könnten – und liessen den Präsidenten fallen. Mubarak demissionierte, zog sich mit Familie nach Sharm ash-Sheikh zurück und musste im August vor Gericht aussagen. Syriens Herrscher, Bashar al-Assad, setzte auf hemmungslose Repression (und versprach immer wieder Reformen); Libyens Ghaddafi drohte der Opposition mit einem totalen Vernichtungskrieg (was die UNO zu einer Resolution motivierte und die NATO zum Luftkrieg), zog sich mit seiner Familie und einem immer kleiner werdenden Kreis von Getreuen nach Tripolis zurück – und verteidigte sich noch so lange wie möglich gegen die vorrückenden Rebellen. In Marokko unterlief der König die Proteste (vorerst) mit einer leicht veränderten Verfassung; in Algerien gelang es Präsident Bouteflika, die Opposition - vorläufig – wieder unter Kontrolle zu bekommen; in Jordanien versprach der Monarch gewisse Reformen und hoffte darauf, dass die Opposition von selbst in sich zusammenbrechen werde; in Bahrain holte der Herrscher saudische Truppen zur Unterdrückung des Aufstands; in Jemen versuchte Präsident Saleh, den Zeitpunkt eines Rücktritts so lange wie möglich hinauszuschieben, dann wurde er bei einem Anschlag verletzt und musste für lange Zeit zur Pflege in ein Spital nach Saudiarabien geflogen werden. Und in Saudiarabien „lösten“ die Herrschenden die Probleme mit Geld: sie stellten Milliardensummen für die Verbesserung sozialer Leistungen des Staates und für günstige Wohnungskredite zur Verfügung.

Weshalb konnten sich die autoritären Herrscher überhaupt so lange an der Macht halten? Die Autoritätsgläubigkeit der Untertanen spielte eine wesentliche Rolle (Näheres im folgenden Kapitel, „Gesellschaftliche Strukturen“), mindestens ebenso wichtig aber war in allen Ländern der Aufbau der Geheimdienste durch die Autokraten. Ergänzt wurden die Geheimdienstaktivitäten durch Spezialeinheiten der Polizei. Beiden gemeinsam war, dass ihre Mitarbeiter meistens zivil, unauffällig auftraten und so die Gesellschaft von innen her observierten.

Die gesellschaftlichen Strukturen

In einigen Ländern der arabischen Welt spielten Stammesstrukturen eine wesentliche Rolle, in anderen nicht. Libyen ist, obgleich die Mehrheit der etwa 6,5 Millionen Einwohner in Städten lebt, noch immer stark von Stammes- und Clan-Loyalitäten geprägt. In Ägypten, Syrien, Tunesien spielen die Stämme keine wesentliche Rolle. Aber der Funke der Rebellion sprang von Ländern ohne Stammesstrukturen auf Länder über, in denen die Stämme noch immer wesentlich sind. Im Verlauf der Umwälzungen zeichneten sich dann aber doch wieder die Unterschiede ab. Der Konflikt in Libyen verlief teilweise entlang der Stammes-Loyalitäten – und auch der regionalen Differenzen.

In Bahrain war die religiöse Komponente wesentlich: die Bevölkerung, mehrheitlich schiitisch, rebellierte gegen die sunnitische Herrschaftsschicht – und diese holte die ebenfalls sunnitischen Saudis, um die Proteste zu unterdrücken. In Syrien spielten religiöse Zugehörigkeiten eine andere Rolle: einzelne Minderheiten (die Christen mit etwa zehn Prozent Anteil an der Gesamtbevölkerung) fühlten sich von der ebenfalls minoritären Herrschaftsgruppe der Alawiten (zu denen die Assad-Familie gehörte) geschützt, auch wenn sie politisch skeptisch gegenüber der Staatsführung eingestellt waren. Viele ihrer Angehörigen wünschten sich zwar einen Wandel, aber sie befürchteten gleichzeitig, nach einem Umbruch diskriminiert zu werden. In diesem Zusammenhang wiesen viele von ihnen (besonders Christen) auf die Erfahrungen in Irak hin: dort hatte die christliche Minderheit sich unter der Diktatur von Saddam Hussein als nicht diskriminiert empfunden (sofern ihre Mitglieder sich nicht politisch exponier-

ten!), jetzt aber, unter dem neuen Regime (von Schiiten dominiert) wurden viele ihrer Gemeinden verfolgt. Resultat: bis 2011 emigrierten etwa 900 000 der ursprünglich 1,5 Millionen Christen aus Irak, die meisten von ihnen zunächst nach Syrien.

Generell stellte man einen allmählichen Autoritätsverlust in den verschiedenen arabischen Gesellschaften fest. Fast unumschränkte Autorität hatte bis vor wenigen Jahrzehnten noch der Vorsteher einer Grossfamilie (die, je nach Land und Stamm, zwischen einigen hundert oder eintausend Mitglieder umfasste). Das begann sich im Zuge der Urbanisierung (plus Einfluss der Massenmedien) zu ändern. Zog oder zieht beispielsweise ein Teil der Familie vom Land nach Kairo um, muss dort oft auch die Frau berufstätig werden, um die Gemeinschaft zu erhalten. Sie entgeht so der vorher üblichen Total-Kontrolle durch den Patriarchen. Und die Töchter gehen in höhere Schulen und dann eventuell auch in die Universität (mehr als 50 Prozent der Studierenden in Kairo sind derzeit Frauen – in der iranischen Hauptstadt Teheran sind es sogar 70 Prozent). Sie kommen in Kontakt mit der männlichen Gesellschaft, die nach wie vor sehr macho-orientiert ist. Das führt andererseits auch zu Unsicherheiten im Verhalten, und diese Situation machen sich fundamentalistische Gruppen gerne zu nutzen. Sie halten die jungen Frauen an, sich durch die Befolgung islamischer Grundregeln gegenüber der Männer-Gesellschaft abzugrenzen und die Ideologie der Fundamentalisten auch in ihrer eigenen Familie zu vertreten. Die Moslembrüder in Ägypten konnten dank Aktivitäten in den Universitäten besonders bei Studentinnen ihre Basis deutlich erweitern. Die Loyalität, mit anderen Worten, wandte und wendet sich bis zu einem gewissen Grad von der alten Familienautorität ab – ohne dass die Wertvorstellungen deswegen (wie bereits erwähnt) liberaler werden müssen, oft geht der Trend eher in die gegenteilige Richtung. Aber die Familienautorität wird abgebaut, und diese „anti-autoritäre“ Haltung reichte jetzt, in der so genannten Arabellion, auch schon weiter nach oben: Staatschefs, deren Autorität früher akzeptiert worden war, waren nun nicht mehr sankrosankt – man konnte, kann sie sogar vor Gericht ziehen.

Die Weltgemeinschaft

Westliche Spitzenpolitiker hatten immer wieder „Demokratie im Nahen Osten“ gefordert. An vorderster Front die Repräsentanten der USA. Letzter grosser Appell: US-Präsident Obama in seiner als historisch bezeichneten Rede in Kairo am 2. Juni 2009. Die gleichen Regierungen aber hatten nie gezögert, mit den Autokraten der arabischen Welt freundschaftliche Beziehungen zu pflegen. Mubarak, Ben Ali, Bouteflika, der König von Marokko, der Monarch von Jordanien, die Herrscher in Saudiarabien und am Golf, auch der jemenitische Präsident Saleh – sie alle wurden vom Westen jahrzehntelang hofiert, auch wenn man um die Verletzung der Menschenrechte und die Förderung oligarchischer Strukturen wusste. Selbst Libyens Ghaddafi stand seit 2003 in der Gunst westlicher Regierungen (nachdem Ghaddafi erklärt hatte, er verzichte auf sein Atomprogramm). Warum all das? Man wollte sich den Zugang zu den Ölquellen sichern, das war das Eine. Man wollte (das galt nun besonders für die USA) gute Beziehungen mit den Herrschenden, um Israel zu privilegieren. Man suchte drittens die Kooperation mit autoritären Regimen im Rahmen des so genannten Kriegs gegen Terror. Wer bereit war, Leute mit angeblichen al-Qaida-Sympathien zu verfolgen, konnte im übrigen tun, was er wollte – die Gunst von seiten Washingtons (und teils auch westeuropäischer Regierungen) war garantiert.

Russland und China nahmen andere Positionen ein: sie pochten im Wesentlichen auf die Pflicht zu Nicht-Einmischung, liessen, mit anderen Worten, die im arabischen Raum Herrschenden genau so gewähren wie die Westmächte, aber aus anderen Gründen: sie waren darauf bedacht, sich die Energieressourcen und die Absatzmärkte zu sichern. Die Regime in Moskau und Peking waren auch aus anderen Gründen skeptisch, defensiv, zurückhaltend: sie befürchteten einen Übersprung des Funkens der Volksrebellionen auf ihre eigenen Länder. China war ja nicht weniger autoritär als die arabischen Regime – Moskau praktizierte eine

gelenkte Demokratie, in der die hohe Obrigkeit sich gegenüber der Bevölkerung immer selbstherrlicher gebärden konnte.

Und die übrige Welt? Aufstrebende Länder wie Indien, Brasilien, Südafrika blieben auf Distanz zu dem, was der Westen anstrebte. Die Afrikanische Union zeigte sich besonders skeptisch gegenüber juristischen Prinzipien Europas: als der Chefankläger des Internationalen Tribunals in Den Haag den libyschen Herrscher Ghaddafi zum Kriegsverbrecher erklärte und ihn vor das Gericht ziehen wollte, verweigerten sich die Afrikaner. Sie würden den Haftbefehl ignorieren, sagten die Staatsschefs der afrikanischen Länder. Und wiesen gleichzeitig (nicht zu unrecht) darauf hin, dass die USA, beispielsweise, die Autorität dieses Gerichts schon vor Jahren nicht nur in Frage gestellt, sondern per Gesetz dekretiert hätten, dass jeder Amerikaner, der da angeklagt würde, mit militärischer Gewalt befreit werden müsse. Wo bliebe da die Gerechtigkeit?

Der Westen hatte Mühe, sich auf die neuen Realitäten einzustellen. Französische Spitzenpolitiker versprachen beim Ausbruch der Revolte dem tunesischen Herrscher Ben Ali noch jede denkbare Unterstützung – dann musste man erkennen, wie weit man sich von den Realitäten entfernt hatte. Die USA hatten Schwierigkeiten, sich von Mubarak zu trennen – treu hatte er jahrzehntelang die amerikanischen Richtlinien befolgt. Italien versuchte zu Beginn des Aufstands in Libyen noch, sich neutral zu verhalten – aufgrund der intensiven Beziehungen mit dem Ghaddafi-Regime (Oellieferungen einerseits, Abkommen über die Kontrolle der illegalen Migration über's Mittelmeer andererseits). Dann kam die Wende: Frankreich stellte sich, zusammen mit Grossbritannien, an die Spitze der NATO-Strategie gegen Ghaddafi in Libyen. Von italienischem Terrain aus wurden die Bombardemente gegen die Ghaddafi-Kräfte koordiniert. Die USA wollten im Hintergrund bleiben - sie wollten nicht eine weitere Kalamität wie in Afghanistan erleben, nicht noch einmal einen Langzeitkonflikt wie in Irak riskieren, nicht ihr ohnehin strapaziertes Kriegsbudget noch zusätzlich belasten. Als die libyschen Rebellen Ende August in Tripolis einzogen und der Übergangsrat dabei war, eine provisorische Führung für das ganze Land zu bilden, kam die Stunde der Wahrheit: Länder, deren Regierungen sich aktiv für die Rebellen und gegen Ghaddafi engagiert hatten, sollten bei der Beteiligung an den Erdöl- und Erdgasverträgen bevorzugt werden, mit den anderen müsste man noch „Verhandlungen“ führen, sagte ein Mitglied des Rates. Frankreich, Grossbritannien, die USA konnten also getrost in die Zukunft blicken: Konzerne aus ihren Ländern standen vorn bei der Beteiligung an den libyschen Rohstoffen, im Gegensatz zu Russland, China und Deutschland (deren Regierung hatten die UNO-Resolution vom 17. März nicht unterstützt). Italiens Premier Berlusconi andererseits gewann sich die Gunst der Nach-Ghaddafi-Führung durch eine finanzielle Weichenstellung: 350 Millionen Dollar Bankeinlagen in Italien, getätigt noch durch das Ghaddafi-Regime, sollten sogleich für Soforthilfe für das durch den Krieg schwerwiegend zerstörte Libyen freigegeben werden, versprach Berlusconi.

Israel vor neuer Herausforderung

Die Regierung und die Öffentlichkeit Israels wurden durch die „Arabellion“ vor eine neue Herausforderung gestellt. Mit den alten Autokraten hatte man sich, vor allem aufgrund der Absprache mit den USA, recht gut arrangiert. Mit Mubaraks Ägypten gab es einen (aus dem Jahr 1979 datierenden) Friedensvertrag, und der beinhaltete u.a., dass die Führung in Kairo keine Proteste gegen die israelische Besiedlung des besetzten Westjordanlands erhob. Auch, dass Ägypten die im Gazastreifen herrschende Hamas-Führung isolierte und den Grenzübergang zum Gazastreifen dicht machte. Nach dem Sturz Mubaraks erschien vieles offen: Würde die neue Führung die bilateralen Vereinbarungen einhalten oder nicht? Die Übergangsregierung in Kairo öffnete die Grenze zum Gazastreifen für einzelne Personengruppen. Sie kontrollierte die Grenze im Sinai nur ungenügend – so dass eine Gruppe von palästinensischen Extremisten im August via Ägypten ein schwerwiegendes Attentat im israelischen Eilat verüben konnte. Und Israel musste erkennen, dass die Bevölkerung Ägyptens vehement gegen die

„weiche“ Israel-Politik des alten Mubarak-Regimes eingestellt war. Auch mit dem alten Regime Tunesiens hatte Israel relativ entspannte Beziehungen aufbauen können. Und mit Assad in Syrien gab es eine Art von kaltem Einverständnis: Bashar al-Assad (das galt auch schon für dessen Vater, Hafez al-Assad) hatte dafür gesorgt, dass nie ein Schuss über die gemeinsame Grenze an dem von Israel besetzten Golan-Gebiet fiel, und Assad signalisierte, bei allen Differenzen, jahrelang dafür, dass es keinen offenen Konflikt zwischen den beiden Ländern geben konnte. Würde diese Situation (Assad = geliebter Feind) noch bestehen, wenn eine volksnahe Regierung in Damaskus eingesetzt wäre? Auch mit Jordanien hatte Israel tragbare Beziehungen, ja sogar einen (papierernen) Friedensvertrag. Jordaniens Königreich schien zwar immer noch relativ gut etabliert, aber auch da gab es im Verlauf des Jahres 2011 Forderungen von seiten der Bevölkerung, grundlegende Reformen durchzuführen. Und bei diesen Forderungen spielte die Frage nach den Beziehungen zu Israel eine Rolle.

Die Palästinenser andererseits unternahmen einen Versuch zur Beilegung der Differenzen zwischen der kompromissbereiten Führung durch Präsident Mahmud Abbas im Westjordanland und der in Gaza herrschenden, islamistischen Hamas. Sie wollten, in Harmonie mit den Volksbewegungen in den anderen arabischen Ländern, eine Einheitsregierung bilden. Ein positives Signal? Gewiss, sofern man die palästinensische Realität losgetrennt von deren Umfeld betrachtet. Gewiss nicht, sieht man die nahöstliche Welt aus der israelischen Perspektive: Hamas und Fatah von Mahmud Abbas zusammen, das könnte ja Israel nötigen, mit einer prinzipiell gegen die Anerkennung Israels eingestellten Regierung verhandeln zu müssen. Also entschied der israelische Premier Netanyahu: eine gemeinsame Palästinenserregierung wird nicht als Gesprächspartner anerkannt. Die USA blieben an Netanyahus Seite – und Barack Obama liess Netanyahu auch gewähren, als dessen Regierung Pläne zu immer noch mehr israelischen Siedlungen im schon schwer zerstückelten palästinensischen Westjordanland bekannt gab.

Am 23. September plädierte Palästinenserpräsident Mahmud Abbas vor der UNO-Generalversammlung in New York für die Anerkennung eines selbständigen Palästinenserstaats. Entrüstung in Israel, Irritation in Europa, Verlegenheit in den USA waren die Folge. US-Präsident Obama erklärte gewunden, er würde, notfalls, im UNO-Sicherheitsrat ein Veto gegen die Anerkennung des palästinensischen Staats einlegen. Die Bindung an Israel war ihm mehr wert als die Respektierung durch die arabische Welt – und Obama blickte auch schon auf die nächsten Wahlen, im Jahr 2012, im Wissen, dass er bei einer verständnisvollen Politik zugunsten der Palästinenser die Unterstützung der jüdischen Wähler und auch der christlichen Fundamentalisten im eigenen Land (somit die Wiederwahl) verlieren würde.

Der türkische Premier Erdogan unter Druck

Die Türkei unter Premier Erdogan hatte in den letzten Jahren die Beziehungen zur arabischen Welt harmonisiert und intensiviert. Jetzt musste sie sich neu orientieren. Das grösste Problem für die Türkei stellte Syrien dar. Erdogan hatte sich mit Bashar al-Assad auf eine Verstärkung der wirtschaftlichen Beziehungen geeinigt, auf einen visafreien Verkehr für die Menschen der beiden Länder, hatte auch den Versuch einer Vermittlung zwischen Syrien und Israel unternommen, und musste jetzt erkennen: das Assad-Regime, sein privilegierter Partner in der Region, führte Krieg gegen das eigene Volk. Erdogan ging auf Distanz zu Assad – und die Türkei hatte plötzlich ein massives Flüchtlingsproblem. Zehntausende Syrer strömten über die Grenze, die Türkei musste Flüchtlingslager einrichten (was sie sehr effizient tat) und sich darum sorgen, die Migrant*innen entweder bei sich aufzunehmen oder ihnen die Möglichkeit zur Weiterreise in andere Länder zu verschaffen. Aber in welche?

Im Libyen-Konflikt engagierte die Türkei sich gegen Ghaddafi und zugunsten der Aufständischen; mit Israel kappte Premier Erdogan die Beziehungen (Ausweisung des israelischen Botschafters); in Kairo trat Erdogan bei einem Besuch im September als Interessenvertreter des Volks und gleichzeitig der interimistischen militärischen Führung auf. Also gegen den ge-

stürzten Machthaber Mubarak – dann aber wofür, für wen? Zwischen dem Volk, also zwischen den Demonstranten auf dem Tahrir-Platz Kairos im Januar/Februar und der jetzigen Militärführung gab es tiefe Risse. Millionen Ägypter und Ägypterinnen verdächtigten die Militärs, sie wollten so viel wie möglich vom alten Regime in eine neue Ordnung hinüberretten, zu ihren eigenen Gunsten.

Migration, Massenauswanderung

Als die autoritären Regime zu wanken begannen (Tunesien machte den Anfang), gab es in Europa grosse Hoffnungen: jetzt sollten ja wohl keine Nordafrikaner mehr motiviert sein, ihr Land über's Mittelmeer zu verlassen! Weit gefehlt: immer mehr Flüchtlingsboote aus Tunesien, dann vor allem aus Libyen landeten auf der italienischen Insel Lampedusa an, immer mehr Menschen ersuchten um Asyl. Weshalb? Viele Migrant*innen kamen aus wirtschaftlicher Not. Der Umbruch führte ja zumindest vorläufig dazu, dass sich die wirtschaftliche Krise nochmals verschärfte. Die Tourismusbranche brach zusammen – hunderttausende Tunesier und Ägypter wurden arbeitslos. In Libyen wurde fast kein Erdöl mehr gefördert, und hunderttausende Gastarbeiter (Rückgrat der bisherigen Wirtschaft) verliessen das Land. Auch nach Marokko und Jordanien reisten vorerst fast keine Europäer mehr – aus Furcht vor Unruhen. Dann kamen auch politische Flüchtlinge: Menschen, die sich aus irgend einem Grund mit den alten Regimen arrangiert hatten und die sich jetzt diskriminiert fühlten. Und bisweilen mischten sich Kleinkriminelle unter die Migrant*innen – Leute, die wegen irgendwelcher Vergehen straffällig geworden waren und in der neuen Ordnung (die mehrheitlich noch Unordnung war) keine Chancen erkannten. Italien, am direktesten exponiert gegenüber der neuen Welle, wollte die Migrant*innen innerhalb des europäischen Schengen-Raums weiter „kanalisieren“, geriet dabei aber auf Widerstand in Frankreich. Mühsam konnten provisorische Lösungen ausgehandelt werden. Und andererseits musste man zur Kenntnis nehmen, dass auch immer mehr Menschen via Griechenland in die zentralen Gebiete Europas wanderten. War dies das Resultat des „arabischen Frühlings“ für Europa?

Der Westen und der Nahe Osten: Islam, Erdöl, Strategien

Mehr als fünfzehn Jahre sind vergangen, seit die USA (dank Mithilfe Grossbritanniens vor allem) den Krieg gegen Irak begannen. Die Zwischenbilanz allgemein: ein Fiasko. Es gelinge den USA nicht, in Irak tragfähige, eigenständige demokratische Strukturen zu schaffen, und auch wenn die Zahl der Opfer von Anschlägen im Lande, vor allem in Bagdad, in den letzten Monaten auf rund 50 pro Monat (verglichen mit 500 ein Jahr vorher) gesunken ist, so bleibt die menschliche Dimension in diesem Konflikt dennoch desaströs. An diesem Bild ändert sich nur wenig, wenn jetzt darauf hingewiesen wird, dass Viele in Bagdad endlich wieder ein halbwegs normales Alltagsleben führen können. Für die Mehrheit der Iraker, auch jener, die in Bagdad leben, ist das alles nicht wesentlich. Die Mehrheit leidet immer noch darunter, dass die Versorgung mit Trinkwasser schlechter ist als zu Zeiten des Diktators Saddam Hussein; dass mindestens 40 Prozent ohne Arbeit sind; dass das Gesundheitswesen auf einem vorher nicht gekannten Tiefpunkt verharrt. Der Republikanische Präsidentschaftskandidat, John McCain, negiert das allerdings – man bewege sich in guter Richtung, sagt er. Barack Obama scheint sich da weniger sicher, aber diametral der jetzt hoffnungsvollen Grundstimmung in den USA will auch er nur „dosiert“ entgegentreten. Die meisten Zweifler finden sich, das mag ebenso absurd wie interessant erscheinen, bei den Irak-erfahrenen US-Militärs. Sie halten die jetzige Beruhigungsphase für „fragil“.

Doch es gibt auch Kommentatoren, die schildern das Alles anders. Der amerikanische Fachjournalist Jim Holt schrieb im New York Times Magazine sinngemäss: fast alles, was sich in Irak abspielt, entspricht einem Szenario, welches in der nächsten Umgebung des US-Präsidenten ausgearbeitet worden ist (das aber nie im Wortlaut veröffentlicht wurde), und dessen Kernpunkt ist: die USA wollen sich die Kontrolle über die Ölressourcen Iraks erhalten, und das auch für die Jahre nach einem Rückzug der US-Truppen.

Der Autor führt dann weiter aus: Was heisst schon Rückzug? Die USA werden auf jeden Fall fünf grosse militärische Basen in Irak behalten und von ihnen aus, mit vielleicht eines Tages noch 30 000 oder 40 000 Mann (inklusive Mitarbeiter von privaten Sicherheitsfirmen wie Blackwater), die Ölquellen Iraks kontrollieren.

Nun gibt es in Irak eigentlich erstaunlich wenig Ölbohrlöcher, etwa 2000 insgesamt in total 80 Ölfeldern. Texas dagegen hat rund eine Million (allerdings viel kleinere). Irak hat andererseits nachgewiesene Ölreserven von 115 Milliarden Barrel (ein Barrel, also ein Fass, entspricht 159 Litern). Und es gibt Schätzungen, wonach im Boden Iraks noch unentdeckte Ölreserven von 220 Milliarden Barrel lagern.

Der Amerikaner Jim Holt schreibt: „Wenn diese Schätzungen auch nur einigermaßen realistisch sind, sitzen die US-Truppen heute auf einem Viertel der globalen Ölressourcen. Der Wert dieses Öls – grossenteils leichtes Rohöl, entsprechend niedrige Förderkosten – würde u aktuellen Preisen bei 30 Billionen Dollar liegen. Zum Vergleich: die Gesamtkosten der US-amerikanischen Invasion plus Okkupation werden auf eine Billion Dollar geschätzt.“

Der US-Kongress schlug dem irakischen Parlament vor gut einem halben Jahr einen Gesetzesentwurf vor, der u.a. beinhaltet: die nationale irakische Ölgesellschaft solle die Kontrolle über 17 der 80 Ölfelder behalten, während die anderen 63 (sowie alle noch zu entdeckenden) Felder so privatisiert werden, dass sie der Übernahme durch internationale Konzerne offen stehen. Diese Regelung wäre auf 30 Jahre begrenzt – eine immerhin recht lange Zeit! Alan Greenspan, der ehemalige Chef der US-Notenbank, schlussfolgerte in seinen Memoiren: „Im Irak-Krieg ging es vor allem um's Öl.“

Allerdings: US-Präsident George W. Bush und Tony Blair, die beiden Kriegsherren, versuchten vor, während und nach dem Krieg, die Öffentlichkeit davon zu überzeugen, dass man nichts anderes anstrebe, als das Wohl der Menschen in Mittelost zu fördern, sie vom weltweit schlimmsten Tyrannen zu erlösen, Frieden, Gerechtigkeit und Menschenrechte in die konfliktzermürbte Region zu bringen. Wenn man ihnen, den „Befreier“ (die in Irak selbst allerdings viel mehr als unwillkommene Besatzer empfunden und bekämpft wurden), genügend Zeit gäbe und die peinliche Frage nach (nicht vorhandenen) Massenvernichtungswaffen endlich der Vergessenheit anheimfallen lasse, dann würde sich auch zeigen, dass der Krieg trotz der erschreckend hohen Zahl von irakischen Todesopfern und Verletzten den Beginn des Endes des islamischen Fundamentalismus bedeute. Sagten oder liessen Blair und Bush durch ihre Interpreten respektive ihre „spin doctors“ (Schönredner) sagen. Daran hielten sie lange fest – krampfhaft übergehend, dass die Menschen in ihren eigenen Ländern ihnen immer weniger Glauben schenkten. Bushs Popularität sank bis Ende 2007 auf knapp 25 Prozent, und jene Blairs erreichte vor dessen Rücktritt im Juni 2007 nur noch 26 Prozent.

Als Bush und Blair im Frühjahr 2003 zum Krieg bliesen und aus einer Mischung von Versprechen und Drohungen ihre Koalition zusammenschmiedeten (all jene osteuropäischen Regierungen, die der NATO beitreten wollen oder ihr schon beigetreten sind und die sich im Zweifelsfall nach Washington und nicht nach Brüssel ausrichten; in Westeuropa die rechtsbürgerlichen Regierungen in Spanien, Portugal, Italien, Dänemark und den Niederlanden) brachten sie im Wesentlichen diese Argumente vor:

- Irak habe Massenvernichtungswaffen (chemische, biologische) und könne, so sagte Tony Blair, Grossbritannien (oder zumindest „britische Interessen“) „innerhalb von 45 Minuten“ angreifen;
- Entwicklung von Atomwaffen (da lag ein Bericht vor, der sich allerdings, mit seinen Hinweisen auf einen Deal zwischen Irak und Niger, bald als Fälschung des britischen Geheimdienstes erweisen sollte);
- Verschwörung des irakischen Regimes mit der Terrororganisation al-Qaida;
- Bedrohung von Nachbarstaaten und Israels;
- Notwendigkeit des Sturzes von Saddam Hussein wegen der anhaltenden Verletzung der Menschenrechte;
- Richtiger Zeitpunkt für Demokratie-Geburtshilfe in Mittelost.

Aber die Weichen für einen Krieg gegen Irak waren schon lange gestellt, wahrscheinlich schon beim Amtsantritt von George W. Bush im Januar 2001. Leute wie Richard Pearle, Paul Wolfowitz oder Condoleezza Rice hatten schon damals eine grundlegende Änderung der Aussenpolitik der USA gefordert. Dabei spielten mehrere Faktoren zusammen:

- die Sackgasse des sogenannten Friedensprozesses zwischen Israel und den Palästinensern;
- die allmählich (schon vor dem 11. September) sich abzeichnende Unzuverlässigkeit des saudischen Regimes und damit verbunden Bedenken in den USA, ob man sich dauerhaft auf die Kooperation der Saudis u.a. für die Erdöllieferungen verlassen könne (Saudarabien hat die weltweit grössten Reserven, Irak die zweitgrössten);
- die Widerspenstigkeit Syriens und Irans gegenüber den Forderungen Israels und der USA, die Unterstützung von palästinensischen und libanesischen Widerstandsgruppen zu beenden;
- die Zusammenarbeit Russlands mit Iran im Bereich der Kernenergie;
- die den Sanktionen trotzbare Überlebensfähigkeit des Saddam Hussein-Regimes.

Bei den „Falken“ in Washington führte die Gesamtschau der vielschichtigen Mittelost-Szenerie zur Erkenntnis, dass Amerika, sollte es seinen bisherigen Kurs fortsetzen, in der ganzen Region an Einfluss verlieren und auf längere Sicht möglicherweise auch nicht

mehr imstande sein könnte, Israel unumschränkt zu protegieren. Also müsse man eine strategische Neuausrichtung in die Wege leiten.

Der Faktor Erdöl

Die Sicherung des Zugangs zum nahöstlichen Erdöl spielte bei den Falken-Szenarien eine nicht unwesentliche Rolle, und auch aus diesem Grund wandten die Bush-Getreuen ihre besondere Aufmerksamkeit dem Irak Saddam Husseins zu. Schliesslich verfügt Irak, nach Saudiarabien, über die zweitgrössten Erdölreserven der Welt. Das wurde zumindest damals so angenommen oder dargestellt – inzwischen gibt es ja Berichte, dass Russland der grösste Erdöl- und Erdgas-Staat der Welt sei.

Zwischen dem Interesse am irakischen Erdöl und den politisch-strategischen Zielsetzungen der USA gibt es sich ergänzende, aber auch einander widersprechende Elemente. Denn die Nutzung des irakischen Öls ist nicht ein risikoloses Geschäft, sondern setzt gewaltige Investitionen voraus. Yahya Sadowski, Professor an der Amerikanischen Universität in Beirut, schildert das so: Allein um die bestehenden Förderanlagen in Irak zu erhalten, müsste man gut eine Milliarde Dollar investieren. Und auch wenn ein Unternehmen oder eine Gruppe von Unternehmen dieses Risiko eingehen wollte, würde es drei Jahre dauern, bis die irakische Ölproduktion auf ihr früheres Niveau von 3,5 Milliarden Barrel pro Jahr angehoben werden könnte. Dafür aber seien nochmals ca. 8 Milliarden vonnöten. Und wollte man die Produktion auf 6 Milliarden Barrel erhöhen, würde dies, so Yahya Sadowski, nochmals zusätzliche 30 Milliarden Dollar erfordern. Bisher, bei einer Fördermenge von maximal 2,5 Milliarden Barrel (das entsprach dem vom UNO-Sanktionsregime gesetzten Eckwert), nahm Irak total pro Jahr etwa 15 Milliarden ein.

Nun muss man zu diesen Summen hinzu- oder abrechnen: Irak hatte noch bis Ende 2003 gegenüber dem Ausland Schulden von 110 Milliarden Dollar, und der dafür fällige Schuldendienst erreichte jährlich mindestens 5 Milliarden. Gläubiger waren hauptsächlich arabische Nachbarländer und Russland. Solange Irak den UNO-Sanktionen unterworfen war (1991 bis 2003), wurden diese Schulden grösseren Teils auch bezahlt. Die USA andererseits erklärten einmal, Irak müsse die amerikanische Invasion in Kuwait von 1991 bezahlen, und das hiesse, Irak würde den USA und Kuwait nochmals etwa 300 Milliarden Dollar schulden. Von solchen Forderungen distanzieren sich die USA allerdings noch im Verlauf des Jahres 2003, und Frankreich, Deutschland und Russland verzichteten auf einen Grossteil der Schulden von seiten Iraks.

Aber auch unter Berücksichtigung solcher Entscheidungen schlussfolgerte Yahya Sadowski in einem Beitrag für „Le Monde diplomatique“ zu recht: „Selbst im günstigsten Szenario übersteigen die Gesamtkosten also die irakische Zahlungsfähigkeit. (...) Die USA werden natürlich versuchen, die verbleibenden Kosten ihren Verbündeten aufzubürden. Würden sie den Ölpreis drücken, würde dieses Vorhaben allerdings viel schwieriger werden.“

Vieles deutet darauf hin, dass das irakische Öl nicht privatisiert wird, sondern dass man eine Formel anstrebt, die sich den Systemen der Emirate, Kuwaits und Saudiarabiens angleicht. Ausländische Firmen könnten demnach nur strikt begrenzte Förderanteile bekommen. Unter den privaten ausländischen Firmen wäre Konkurrenz, welche die Preise in die Höhe treiben müsste, aus US-Perspektive gar nicht unwillkommen. Und gäbe es viele Konkurrenten, würde dies auch die US-Regierung etwas vom Vorwurf entlasten, sie habe den Krieg wegen des Erdöls geführt. Sadowskis Analyse: „In den Irakplänen Washingtons spielte das Öl vor allem als strategischer und weniger als ökonomischer Faktor eine Rolle. Beim Krieg gegen Saddam Hussein geht es darum, die US-amerikanische Hegemonie zu wahren, und nicht etwa darum, Exxon noch höhere Profite zu verschaffen.“

Worum es wirklich ging, liessen die Polit-Gurus in Washington in der Form scheinbarer Indiskretionen schon im Herbst 2002 durchsickern: Die Vereinigten Staaten, als einzige weltweit aktionsfähige Supermacht, müssten freie Hand für Interventionen im ganzen Krisengebiet des Mittleren Ostens bekommen, lautete die erste Forderung. In der Region selbst gäbe es vor allem vier Problemstaaten: Saudiarabien, Syrien, Irak und Iran. Syrien galt (und gilt in den USA noch) als Haupthindernis für die Durchsetzung eines Nahostfriedens nach den Wünschen Israels; Saudiarabien erwies sich als Hort für die Rekrutierung und als Quelle der Finanzierung von fundamentalistischen, islamischen Gruppierungen (schliesslich waren 15 der 19 Selbstmordattentäter des 11. Septembers Saudis); Irak beschuldigte man (aufgrund dubioser Geheimdienst-Dokumente) Massenvernichtungswaffen zu besitzen oder deren Produktion zu planen; Iran eignete sich gut als Mitglied der „Achse des Bösen“ wegen der vom Westen abgewandten Herrschaft der konservativen muslimischen Rechtsgelehrten und der ideologischen Fixiertheit der Teheraner Führung. Dass die von Präsident George W. Bush vorgenommene Zuordnung Irans zur „Achse des Bösen“ die Reformer um Präsident Khatami schwächen würde, war vorauszusehen, schien aber bei der Entwicklung der neuen Mittelostpolitik der USA keine wesentliche Rolle zu spielen.

Die Strategen in Washington kamen zur Schlussfolgerung: Wenn es gelänge, Irak den USA zu öffnen, könnte man von dort aus die anderen „Problemstaaten“ von einem geografischen Zentrum aus kontrollieren, beeinflussen und durch eigene Militärpräsenz auch unter Druck setzen. Schliesslich liegt Irak „mittendrin“, und, so die weiterführenden Überlegungen in Washington, von US-Luftwaffenbasen in Irak aus könnte man auch in kurzer Zeit Ziele in Afghanistan angreifen und Jagd auf die allmählich wieder erstarkenden Taliban und die al-Qaida machen.

Zwei Anrainerstaaten Iraks, nämlich Syrien und Iran, haben nun einen neuen direkten Nachbarn, die USA. Der damalige syrische Aussenminister al-Shara'a kommentierte das gegen Ende 2003 mit einer gewissen Ironie, indem er darauf hinwies, dass die Amerikaner nun Gelegenheit hätten, sich mit der Mentalität und den Wertvorstellungen der Araber und der Muslime besser vertraut zu machen. Er machte gleichzeitig klar, dass Syrien bei seiner eigenen politischen Linie bleiben werde. Konkret heisst das: man wird erst dann in einen Dialog mit Israel eintreten, wenn das Ziel klar erkennbar ist, nämlich die Rückgabe des gesamten Golan-Gebiets durch Israel. Eine „offene“ Gesprächssituation, so wie sie die Palästinenserführung beim Oslo-Friedensprozess akzeptierte, lehnt Syrien strikt ab.

Gewiss, es gibt für das Interesse, das Engagement der USA noch eine ganze Anzahl weiterer Faktoren. Die Eindämmung des islamischen Fundamentalismus gehört da mit dazu – nur fragt sich: kann man dem Fundamentalismus von aussen den Boden entziehen? Um welche Art von Extremismus, von Ideologie handelt es sich da?

Der islamische Fundamentalismus

Der islamische Fundamentalismus entstand im 19. Jahrhundert als eine Abwehr-Bewegung, eine Defensiv-Kultur gegen das immer stärkere Vordringen des Westens in die Welt des Nahen Ostens, also des Islams im weiteren Sinne. Die Gründer gingen von der Frage aus: Warum sind wir, die wir in der Welt des Islams leben, schwach geworden in der Auseinandersetzung mit dem Westen, während wir doch früher eine Hochkultur par excellence verkörperten? Die Antwort lautete: Weil wir vom rechten Pfad abgekommen sind. Und fragte man weiter, was denn der rechte Pfad war oder gewesen sei, lautete die Antwort: die Herrschaftsform des Propheten Mohammed in Medina (also nach der Hedschra aus Mekka). Sie beinhaltete: Einheit von Religion, Politik, Wirtschaft, Sozialem, Privatem. Das müsse man wieder herstellen, sagten die frühen Fundamentalisten, und dies bedeute auch, dass man zum Rechtssystem der shari'a zurückfinde.

Die islamischen Fundamentalisten blieben lange Zeit innerhalb der islamischen Welt eine winzige Minderheit. Sie gewannen erst im 20. Jahrhundert an Boden, vor allem als Reaktion auf ein weiteres Vordringen des Westens in den Nahen Ostens. Marksteine waren das Sykes-Picot-Abkommen, mit dem Frankreich und Grossbritannien die arabisch-nahöstliche Welt in zwei Einflusszonen teilten (und die meisten der jetzt noch gültigen Grenzen festschrieben), und die Balfour-Deklaration, in der (1917) den Juden eine Heimstätte in Palästina versprochen wurde.

1928 gründete der Ägypter Hassan al-Banna die Moslembroderschaft 1928. Ende der vierziger Jahre schrieb der Ägypter Sayed Qutb das Buch „Ma'aalim fii'l tariq“, das zur „Bibel“ für die islamischen Fundamentalisten wurde. Auf ihn berufen sich alle Islamisten der letzten Jahrzehnte, teilweise auch Osama Bin Laden. Qutb ist der Wegbereiter der islamischen Radikalszene, die der westlichen Gesellschaft den Krieg erklärt hat. Er formulierte die Vorstellungen, denen die rechtgläubigen Muslime nachleben müssen. Er zeigte die praktischen Konsequenzen für das Leben jedes Einzelnen auf, der die Wahrheit gefunden zu haben glaubt und daher an der Zerstörung der bestehenden Ordnung und dem Aufbau eines „islamischen Systems“ arbeiten müsse. Qutb trennt die Welt in jene des Islams und jene der „jahiliya“, des Nichtwissens, der Gottlosigkeit. Für Qutb waren das Schwert und das Buch (also der Koran) gleichwertig und von gleicher Bedeutung beim Ziel, eine islamische Ordnung zu errichten.

Die Mörder des ägyptischen Präsidenten Sadat (1981) schwenkten, als sie hinter Gittern im Gefängnis waren und auf die Vollstreckung ihres Todesurteils warteten, das Buch von Sayed Qutb in der einen Hand, den Koran in der anderen. Osama Bin Laden steht in der Tradition dieser Extremisten – was ihn „auszeichnet“, ist eine raffiniertere Organisation und eine weitverzweigte, undurchsichtige Finanzierung. Was ihn andererseits auch mit den Mördern Sadats verbindet, ist die Berufung auf Omar Abd-al-Rahman, der für die am Attentat beteiligten Gruppen vor allem wegen seiner Jihad-Interpretation von Bedeutung war. Jihad, so schrieb er im Gegensatz zu der überwiegenden Mehrheit der muslimischen Rechtsgelehrten, sei letzten Endes nichts anderes als Pflicht zum Kampf gegen die Ungläubigen, und dieser Kampf müsse bei der Ausschaltung der „Ketzer“ im eigenen Lebensraum beginnen, also u.a. bei Persönlichkeiten wie Anwar as-Sadat.

Die Mehrheit der Muslime, das muss hier angemerkt werden, versteht unter Jihad etwas anderes: so, wie der Prophet Mohammed diesen Begriff benutzte, könne er nur als defensive Haltung aufgefasst werden, meinen die meisten. „Jihad“ sei ein Aufruf zu innerer Anstrengung, allenfalls ein Appell an die Bereitschaft zur Selbstopferung im Dienste einer von aussen bedrohten islamischen Gesellschaft. Aber mit dem Begriff des „Jihad“ steht es ähnlich wie mit hunderten anderer Termini aus der Zeit der Verkündigung des Korans und der direkt darauf folgenden Periode der ersten Entfaltung der islamischen Kultur: für die Menschen im 7., 8., 9. Jahrhundert mochte die Bedeutung klar sein, für die Jetzt-Zeit ist sie es oft nicht mehr und muss durch Interpretation erschlossen werden. Doch die Fundamentalisten behaupten, im Wissen der vollen Wahrheit zu sein und verdammen Interpretationen als „unislamisch“. Allerdings verstricken sie sich damit selbst oft in Widersprüche. Folgt man den Texten und dem Geist des Korans und der Hadithen (mündlich überlieferte Schilderungen von Handlungen und Aussagen des Propheten Mohammed), so findet man nirgendwo eine Erlaubnis zum Selbstmord, diesem jetzt von den Fundamentalisten so oft und blutig praktizierten Massentötungs-Ritual. Ebenso wenig gibt es irgendwo einen Text, der die Tötung von Unbeteiligten (die bevorzugten Opfer der jetzigen Anschläge) gestatten würde. Im Gegenteil: wenn ein „Jihad“ schon als (defensiv verstandener) Krieg geführt werden muss, dann gelten dort strenge Regeln, etwa das Verschonen von Kindern, Frauen, Alten, und auch das Verbot der Versklavung von Christen und Juden, die als „ahl al-kitab“, Volk des Buches, also der Bibel, eine Sonderstellung gegenüber anderen Ungläubigen zugesprochen erhalten.

Der Fundamentalismus aber hat sich, eben hauptsächlich durch die Schriften Omar Abd al-Rahmans, seine eigene, offensive Jihad-Interpretation geschaffen. Osama Bin Laden, der extremste Exponent des Fundamentalismus, nährte durch seine Reden und Taten die Diskussion um die Frage: Befinden wir uns in einem „Krieg der Zivilisationen“? Dieses Schlagwort wurde vor mehreren Jahren vom amerikanischen Politologen Samuel Huntington in die Welt gesetzt. Kommt es nun wirklich zu diesem Krieg?

Krieg der Zivilisationen?

Die These Huntingtons besagt im Wesentlichen: Konflikte rollen nur noch selten zwischen den Nationalstaaten ab, sondern entbrennen entlang der Trennlinien zwischen den Zivilisationen. Und weil es weltweit nur zwei Zivilisationen gebe, die Anspruch auf globale Gültigkeit erheben, nämlich das Christentum und der Islam, sei die Gefahr einer Konfrontation zwischen diesen beiden „Welten“ besonders gross, meint Huntington.

Wer die These des Zivilisationskonflikts untermauern will, findet in der Aktualität eine ganze Anzahl von „Beweisen“: die Terrorschläge auf New York und Washington; die Auseinandersetzung zwischen Israel und den Palästinensern; der Kosovo-Konflikt, der Krieg von 2001 um Afghanistan und im Jahr 2003 der Krieg gegen Irak. Doch man sollte sich davor hüten, mit Blick auf diese Geschehnisse zu verallgemeinern. Beim Nahost-Konflikt geht es ebenso sehr um Land wie um die unterschiedlichen Wertvorstellungen in der jüdischen und der (vorwiegend) muslimischen Gemeinschaft der Palästinenser. Gegen Irak trat das internationale Bündnis 1991 – mit Beteiligung von arabischen und somit vom Islam geprägten Staaten - an, um den Aggressionsakt Saddam Husseins gegen Kuwait rückgängig zu machen. Und Serbien würde Ansprüche auf Kosovo erheben, auch wenn die dortige Bevölkerung nicht mehrheitlich muslimisch wäre. Die drei Konfliktfälle eignen sich also nur beschränkt für die Beweisführung. Aber all diese Argumente ändern nichts daran, dass hunderte Millionen von Muslimen den Krieg von 2003, auch wenn er nach offizieller amerikanischer Lesart lediglich dem Tyrannen Saddam Hussein galt, eben doch als Teil des Kriegs der Zivilisationen auffassten. US-Präsident Bush leistete solchen Meinungen bei Kriegsbeginn noch auf verhängnisvolle Weise Vorschub, indem er den Krieg als Teil eines „Kreuzzugs“ kennzeichnete. So musste sich niemand darüber wundern, dass ein Grossteil der Muslime in der Überzeugung bestärkt wurde, „Dar al-Islam“, das Haus des Islams (man könnte das auch mit „Haus des Friedens“ übersetzen) würde, einmal mehr, von Kräften des „Dar al-Harb“, „Haus des Krieges“, angegriffen. Dass die beiden Zivilisationen sich gegenseitig fremd sind, ist eigentlich merkwürdig: geografisch sind sich Europa und die arabische Welt sehr nah. In bezug auf den Glauben sollten die beiden Regionen sich zumindest nicht fern sein: beide berufen sich auf die gleichen Stammväter, beides sind monotheistische Religionen. Der Islam anerkennt sogar Jesus als einen seiner Propheten – allerdings nur als Vorgänger von Mohammed – , ist aber aufgrund der zeitlichen Abfolge davon überzeugt, moderner zu sein als das Christentum.

Nun bedeutet Nähe nicht unbedingt Harmonie, sondern kann auch zu Rivalität führen. Das gilt für Gesellschaften ebenso wie für Individuen. Und genau dies prägt das Verhältnis zwischen den Wertvorstellungen des Westens und jenen des sogenannten Orients. Die beiden Zivilisationen kamen miteinander im Verlauf von rund 1300 Jahren zwar immer wieder in Berührung, aber sie wollten wenig voneinander lernen. Das weist der in Princeton lehrende Bernard Lewis (5) nach. Das Desinteresse galt für die erste Epoche der Annäherung (Vordringen der Araber bis nach Spanien ab dem 8. Jahrhundert), es galt mit einigen Einschränkungen für die Zeit der Kreuzzüge und ebenso für die nachfolgenden Jahrhunderte, als zwischen dem Westen und dem Orient ein relativ reger Handel betrieben wurde. Noch Jahrhunderte nach Mohammed sprach und schrieb man im Westen, wenn es um die Menschen der arabischen Welt ging, von „Sarazenen“. Man verwendete also einen Begriff aus der späten Antike, mit dem üblicherweise Seeräuber aus dem östlichen Mittelmeerraum bezeichnet wur-

den. Das Entstehen einer neuen Religion, des Islam, wollte man nicht zur Kenntnis nehmen. Ebenso gering war später bei den Osmanen, in der Zeit des Vordringens auf dem Balkan und bis fast vor die Tore Wiens, das Interesse an der westlichen Zivilisation, und als Napoleon 1798 seine Ägypten-Expedition unternahm, dominierte von der Seite des Westens Wissensdurst an der Antike (und das Materielle), nicht aber an der damaligen Gegenwart.

Ein, zwei Generationen später, als die Kolonialmächte in den Nahen Osten eindringen, prägte (darauf weist der französische Forscher Maxime Rodinson immer wieder hin) Verachtung der islamischen Kultur die Sichtweise des Westens. Als Gegenbewegungen respektive als Defensivkulturen entwickelten sich (wie eingangs erwähnt) ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in ersten Ansätzen der arabische Nationalismus und der islamische Fundamentalismus – und diese beiden „Ideologien“ prägten, wiederum in der Form einer Reaktion (auf die Verkündung der Balfour-Deklaration und des Sykes-Picot-Abkommens, das die arabische Welt in eine britische und eine französische Einflusssphäre teilte) im 20. Jahrhundert das Denken und Handeln der im Islam verwurzelten Welt.

Die praktischen Folgen des Sykes-Picot-Abkommens für die mittelöstliche Welt waren allerdings voller Facetten und auch voller Widersprüche. Durch dieses Abkommen wurden die meisten der Staatsgrenzen geschaffen, die heute noch existieren. Diese Grenzen sind zwar oft willkürlich (sie nehmen mehrheitlich keine Rücksicht auf Ethnien, Clans oder Religionsrichtung), aber sie verschafften letzten Endes den arabischen Politikern Karrieremöglichkeiten innerhalb eines grösseren Raums, eines Raums jedenfalls, der weit über die Dimensionen von Stammesgebieten hinauswies. Durch den britisch-französischen Willkürakt des Sykes-Picot-Abkommens erhielt beispielsweise Irak die an Erdöl reichen Gebiete im Norden – andererseits wurde Kuwait von Irak abgetrennt. In der Theorie hatte Saddam Hussein sogar recht, als er im Sommer 1990 erklärte, die Grenze zwischen Irak und Kuwait sei illegitim. Dann aber hätte er auch eingestehen müssen, dass seine eigene Kontrolle über das Erdölgebiet im Norden „illegitim“ sei.

Die Bildung der Anti-Irak-Front im Jahr 1991 schien Beweis dafür zu sein, dass der Westen und die arabische Welt „an einem Strick“ zögen. Das ungute Gefühl, man befinde sich in einem „Krieg der Zivilisationen“, wurde in den Hintergrund gedrängt, um wenige Jahre danach mit umso grösserer Wucht wieder hervorzutreten. Das Scheitern des israelisch-palästinensischen Verhandlungsprozesses (Oslo-Friedensvertrag von 1993 und von 1995, Rückkehr Arafats ins Gebiet der Palästinenser, Aufbau einer palästinensischen Autonomiebehörde; dann aber Ermordung von Yitzhak Rabin, Anwachsen des palästinensischen Terrors, Intensivierung des israelischen Siedlungsbaus, schliesslich Scheitern der Camp David-Gespräche im Sommer 2000 und danach Beginn der sog. Al-Aqsa-Intifada) trug dazu wesentlich bei, aber auch die immer stärker fühlbare Machtpräsenz der USA in der mittelöstlichen Region und die Einseitigkeit der US-Regierung zugunsten Israels schürten das Feuer. Terroristen der al-Qaida versuchten 1993 einen ersten Anschlag auf das World Trade Center in New York und verübten 1998 Anschläge gegen die US-Botschaften in Nairobi und Dar es-Salaam. Der asymmetrische Krieg wurde immer intensiver, bis er den Höhepunkt des 11. Septembers 2001 erreichte. Danach der von den USA vorangetriebene „Krieg gegen Terror“, der Krieg in Afghanistan, die Deportation von über 600 angeblichen Fundamentalismus-Aktivisten auf die amerikanische Basis Guantánamo, wo die meisten von ihnen (erst etwa 140 wurden in ihre Heimatländer zurückgeschafft oder freigelassen) noch immer, ohne Aussicht auf ein faires Verfahren, gefangen gehalten werden.

Und seit Juli 2006 schaut die Welt einem weiteren Schauplatz des „Kriegs gegen Terror“ zu, dem Konflikt zwischen Israel einerseits, den radikal-islamistischen Bewegungen Hamas (bei den Palästinensern) und Hizballah (Libanon) andererseits.

Gewiss, es gab auch jetzt immer wieder Versuche, gegenseitiges Verständnis zu fördern – aber aus der Sicht der Muslime (Araber, Türken, Iraner etc) fegt die Einseitigkeit der Machtverteilung zugunsten des Westens solche Bemühungen immer wieder hinweg. Aus westlicher

Perspektive sieht das anders aus: Musliminnen und Muslime, die in den Westen gezogen sind, verweigern sich, so eine verbreitete Meinung, der Moderne, üben Zwang gegen innen aus und provozieren die Aussenwelt, also uns. Darüber hinaus begegnet man in der Schweiz, auch in anderen westeuropäischen Ländern, immer wieder der Verdächtigung, all die Menschen aus dem „Orient“ seien ja nur deshalb in unsere Welt gezogen, um uns zu bekehren, wenn nötig mit dem Schwert. Dass Zwangsbekehrung von Juden und Christen praktisch nie zu den Zielen des Islams gehört hat, weiss man nicht oder verschweigt es. Und flüchtet sich, besonders ausgeprägt im heutigen Frankreich, in Argumente pro oder contra Kopftuch respektive Hijab (Kopf und Schulter bedeckendes Kleidungsstück).

Damit soll nicht gesagt werden, es gäbe keine Differenzen. Es gibt sie sehr wohl. Im Islam werden „die Bewegungsfreiheit und die Entwicklungsmöglichkeiten der Frau innerhalb der Gesellschaft stark beschnitten“, schreibt der emeritierte Direktor des Seminars für Islamwissenschaft der Universität Bern, Johann Christoph Bürgel in „Allmacht und Mächtigkeit – Religion und Welt im Islam“, Verlag C.H. Beck). Und zitiert in diesem Zusammenhang u.a. die Sure 4,34: „Die Männer stehen den Frauen vor wegen des Vorrangs, den Gott den einen über die andern gegeben hat und wegen der Ausgaben, die sie von ihren Besitztümern tätigen. Die frommen Frauen aber sind gottesfürchtig und bewahren das Verborgene mit allem, was Gott verbirgt. Wenn ihr jedoch Auflehnung von ihnen befürchtet, so –ermahnt sie, meidet sie in den Betten und schlägt sie.“ Ähnlich kritisch kann man die Frage der Beachtung der individuellen Menschenrechte im Islam angehen: im Koran ist vorwiegend von Pflichten, nicht von Rechten, die Rede, und meistens steht das Kollektiv im Vordergrund, nicht das Individuum. Aus diesem Grund ist die Menschenrechts-Diskussion zwischen dem Westen und dem Islam schwierig und endet oft in den Sackgassen des gegenseitigen absichtlichen oder unabsichtlichen Miss-Verstehens.

Ein Dialog der Zivilisationen darf nicht von der Vorstellung allumfassender Harmonie ausgehen: er muss, im Gegenteil, bei den Differenzen beginnen. Das Ziel kann gegenseitiger Respekt und vermehrtes Wissen sein. Wer ihn führen will, muss Farbe bekennen – indem er oder sie beispielsweise auf der Forderung beharrt, dass Migranten aus der einen in die andere Welt die Verfassungen, die Grundrechte des Aufenthaltslandes anerkennen. Darüberhinaus sind in einem solchen Dialog Fragen wichtiger als Antworten. Daher kann er weder von der einen noch von der anderen Seite von Fundamentalisten geführt werden – denn Fundamentalisten kennen nur Antworten, keine Fragen. Das macht sie ebenso stark wie uninteressant.

Islamisch-fundamentalistische Bewegungen gab oder gibt es in vielen nah- und mittelöstlichen Ländern. Wo sie nicht in Erscheinung traten, waren sie von den Regimen zerschlagen worden.

Das galt für Syrien, dessen Militär 1981 den Aufstand der Fundamentalisten in der Stadt Hama unterdrückte (10 000 bis 30 000 Tote).

In Jordanien erreichten die Fundamentalisten (sie bekannten sich zu Gewaltlosigkeit) bei Wahlen mehr als 15 Stimmenprozente, zogen ins Parlament ein, arbeiteten dort während begrenzter Zeit auch mit, aber sie entschlossen sich schliesslich zum Rückzug aus einer Politik, die sie als ihren eigenen Prinzipien fremd empfanden.

In Ägypten verübten die islamischen Fundamentalisten zuletzt im November 1997 einen grossen Terroranschlag in Luxor (63 Todesopfer, 36 von ihnen Touristen aus der Schweiz). Danach schien die Repression von seiten der Regierung Früchte zu tragen. Es gab nur noch wenige Anschläge (sie galten mehrheitlich den christlichen Kopten Ägyptens), aber es gab auch ein anderes Phänomen: die Fundamentalisten integrierten sich jetzt ins politische System und konnten es bis zu einem gewissen Grade beeinflussen. Sie traten den Weg durch die Institutionen an. In bezug auf das Rechtswesen bewegte Ägypten sich jedenfalls auf mehr Anerkennung der shari'a, des islamischen Gesetzes. Das muss so verstanden werden, als in vielen Dörfern Ägyptens (auch anderer Länder in der arabischen Welt) oft drei Rechtssysteme nebeneinander bestehen: das Gewohnheitsrecht, die shari'a und dort, wo die Moderne stärker

fühlbar ist, der „offizielle“ Rechtskörper. In Ägypten setzte sich die shari'a nach 1997 gegenüber anderen Rechtssystemen insgesamt stärker durch, und oft geschah es, dass Persönlichkeiten, die sich „unislamisch“ verhielten, in zunehmendem Masse von Gerichten verurteilt wurden.

Bei den Palästinensern gewann die fundamentalistische Hamas-Bewegung als Reaktion auf das Scheitern des Verhandlungsprozesses der palästinensischen Führung mit Israel zunehmend an Terrain (Camp David-Konferenz vom Sommer 2000).

In Jemen konnte die fundamentalistische Islah-Partei zu einer starken Fraktion im Parlament werden – und islamischen Fundamentalisten Jemens wurde allgemein auch die Verantwortung für das Selbstmordattentat auf ein amerikanisches Kriegsschiff im Hafen von Aden als Reaktion auf die von Israel ausgeübte Gewalt gegen palästinensische Demonstranten im Oktober 2000 zugeschoben (den Hauptverantwortlichen für den Anschlag auf die „Cole“ liquidierten die USA später durch eine Attacke aus der Luft). Die USA galten, waren dies im Wesentlichen auch, die Parteigänger Israels. Die Clinton-Administration entfernte sich jedenfalls mehr und mehr von einer unparteiischen Rolle zwischen Israel und den Palästinensern und bezog immer stärker (unter dem Einfluss des US-Nahost-Vermittlers Dennis Ross) Position zugunsten Israels. Nach dem Anschlag auf das US-Kriegsschiff und nach dem 11. September 2001 ging Jemens Präsident Ali Abdallah Saleh auf pro-amerikanischen Kurs – er schloss sich dem sogenannten Krieg gegen Terror voll an, erhielt dafür stattliche Gelder aus Washington und musste sich fortan im eigenen Land auf einer Gratwanderung bewegen. Die Weichenstellung war und ist beim Volk nicht beliebt.

In Algerien ging die Gewalt zwischen der Regierung und den islamischen Fundamentalisten weiter, auch wenn man seit dem Jahr 2000 weniger Todesopfer zu beklagen hatte als in den Jahren davor.

In bezug auf Saudiarabien könnte man sagen: das Regime ist fundamentalistisch, ohne dass es in diesem Sinne von der Aussenwelt wahrgenommen wird. In Saudiarabien gilt die wahhabitische Ausrichtung des Islams als Staatsreligion, und das bedeutet in der Praxis: möglichst strikte Anwendung der shari'a-Bestimmungen und möglichst wenig „bida“, also „Neuerungen“. Das stösst bei verschiedenen Bevölkerungsschichten auf zunehmenden Widerstand: die jüngere, städtische Generation fordert Modernisierungen und Reformen, während aus dem Untergrund fundamentalistische Kräfte dem Königshaus „unislamisches“ Verhalten vorwerfen. Wesentlichste Kritikpunkte von dieser Seite: der Prunk und die Verschwendungssucht der Monarchie sowie die Ausrichtung nach Washington. „Amerikanische Soldaten verunreinigen den Boden unseres Heiligen Landes“, rief Osama Bin Laden (auch er, bis zur Ausbürgerung, saudischer Bürger), und forderte den Rückzug der US-Truppen von den Basen in Saudiarabien.

Afghanistan wurde nicht erst als Folge der sowjetischen Invasion (1979) zu einer Hochburg der Fundamentalisten: die Extremisten waren dort schon vorher aktiv und arbeiteten daran, die Gesellschaft zur „shari'a“ zurückzuführen. Als die fundamentalistischen Guerilla-Gruppen gegen die Russen antraten, erhielten sie bereitwillig Unterstützung von seiten des Westens. Man sprach damals (auch hierzulande!) gerne von „Freiheitskämpfern“, und wenn man als Journalist darauf hinwies, dass das Wort Freiheit im Koran nirgendwo in unserem Sinne vorkomme, wurde man von der ideologisierten Gegenseite als Parteigänger der Russen diffamiert. Als die Russen sich zurückgezogen hatten, begannen die verschiedenen Guerillagruppen, sich gegenseitig zu zerfleischen – bis die Taliban (auch sie ursprünglich gefördert vom Westen, besonders von den USA) die Herrschaft errangen.

Auch Osama Bin Laden hatte jahrelang Unterstützung von seiten der Vereinigten Staaten – weil er gegen die Sowjets zu kämpfen versprach. Und ähnlich erhielten jahrelang Organisationen wie Hamas oder Jihad bei den Palästinensern Hilfe aus Washington – solche Gruppierungen würden die PLO schwächen, meinten amerikanische und israelische Politiker. Dass

dem Westen aus dem islamischen Fundamentalismus eine grössere Gefahr drohen würde, als aus nationalistischen Bewegungen wie der PLO, wollte man lange nicht sehen. Zur Fundamentalisten-Szene wird seit 1979 auch Iran gezählt. Der Schah war gestürzt, Ayatollah Chomeini kehrte aus dem Exil zurück und begründete die islamische Republik. Er brüskierte arabische Regierungen ebenso wie den Westen in der Anfangsphase seiner Herrschaft mit Reden und Schriften. Als er äusserte, seine Revolution werde bis nach „al quds“, also bis nach Jerusalem, getragen, war der sinnbildliche Rubicon überschritten. Jetzt war man im Westen und in den arabischen Staaten hellwach. Alle beobachteten mit Akribie, wie intensiv Iran die Hizb-Allah Milizen in Libanon unterstützte und ob sie mit ihren Nadelstichen gegen die Maroniten in Libanon und gegen Israel es zustande brächten, im Nahen Osten einen neuen Flächenbrand zu entfachen.

Irans Führung und das Problem der Atom-Strategie

Sind die iranischen Islam-Rechtsgelehrten wirklich Fundamentalisten? Rein theologisch gesehen könnten sie es nicht sein, denn in ihrem Glaubenssystem, jenem der Zwölfer-Schia (zwölf Imame, also rechtgeleitete Nachkommen des Propheten werden anerkannt), ist jegliche Aussage, auch von den höchsten geistlichen Autoritäten, nur provisorisch. Selbst ein Ayatollah verfügt nicht über die absolute Wahrheit – die kommt nur den „rechtgeleiteten“ Imamen zu. Der letzte dieser Rechtgeleiteten aber „verschwand“ im 9. Jahrhundert (wahrscheinlich wurde er umgebracht) und lebt seither in der „grossen Verborgenheit“. Wenn er als Mahdi, als Erlöser, wiederkommt, dann ist das „Ende der Geschichte“ erreicht und dann erst kann man sich darauf verlassen, dass unfehlbare Urteile verkündet werden. Aufgrund dieses Glaubens ist die in Iran herrschende Schia-Richtung des Islams beweglicher als die sunnitische Richtung. Sie erlaubt auch, im Gegensatz zum orthodoxen Glauben der Sunniten, weiterhin Interpretationen. Und die Schia ist, nebenbei bemerkt, „farbiger“, emotionsgeladener als der sunnitische Zweig im Islam: bei den Schiiten gibt es Heiligenverehrung, Märtyrer-Kult, Prozessionen – all das kennen die Sunniten nicht.

Das iranische System sollte aufgrund seiner Ausrichtung auf die Imame respektive den Mahdi und das Infragestellen aller anderer Autoritäten auch eher reformierbar sein, als dies ein islamisches System in irgendeinem der arabischen Länder mit Dominanz der sunnitischen Glaubensrichtung wäre. Es fiel den Iranern, allen äusserlichen Anzeichen zum Trotz, nicht sehr schwer, sich von der Leitfigur Chomeini nach dessen Tod zu trennen, und in Übereinstimmung mit der in der Schia verankerten Skepsis gegenüber Absolutheits-Ansprüchen erhielt in den neunziger Jahren die Reformbewegung mit der Wahl von Mohammed Khatami wenigstens vorübergehend eine Chance. Diese Phase ging allerdings im Februar 2004 zu Ende – die Reformer wurden von den Konservativen, konkret vom immer mächtiger gewordenen sogenannten Wächterrat, ausgegrenzt, und dann zogen sie sich weitgehend aus dem politischen Leben zurück. Jetzt, bei der Präsidentenwahl vom Juni 2005, kam etwas Weiteres zum Tragen: die Mehrheit der Iranerinnen und Iraner wählten den als religiös konservativ bekannten Bürgermeister von Teheran zum Nachfolger Khatamis, also zum Staatspräsidenten. Spielte das Religiöse die entscheidende Rolle? Eher wohl das Soziale. Mahmud Ahmedinejad profilierte sich als Interessenvertreter der Armen, der sozialen Unterschicht, während der viel prominentere Rafsanjani sich als Lobbyist der Schicht der Neureichen ins Abseits manövrierte. Ajmedinejad gewann die Wahlen vor allem dank seines sozialen Engagements – und spielte danach die populistische Karte aus: „Nein zum Existenzrecht Israels“, „Ja zum Recht Irans auf Eigenständigkeit bei der Atomenergie“. Im Jahr 2006 dominierte die Auseinandersetzung um Irans Atompolitik (und um dessen Anti-Israel-Ideologie) auf verhängnisvolle Weise die Weltpolitik. Ob es noch einen Weg gibt, Iran von der Uran-Anreicherung abzuhalten (und damit die Iraner definitiv daran zu hindern, eine atomare Waffenkapazität zu erlangen), ist

zum gegenwärtigen Zeitpunkt offen. Die USA versuchen, in der UNO eine Allianz zugunsten von Sanktionen gegen Iran zu schaffen – die Europäer sind schwankend, setzen noch immer auf Diplomatie, und die beiden Veto-Mächte Russland und China stellen sich entschlossen gegen die von Washington gegen Teheran aufgebaute Droh-Mauer. Irans Führung andererseits zeigt sich unbeugsam: Wenn der Westen Sanktionen durchboxt, werden wir unsere Öllieferungen stoppen, sagen „die Mullahs“ – und sie wissen: wenn sie mit dem Westen keine Geschäfte mehr machen können, steigt erstens der Erdölpreis nochmals gewaltig an, und zweitens kann Iran sein Öl und sein Erdgas problemlos an China verkaufen. Westliche Sanktionen werden, dies zumindest ist die Meinung der Führung in Teheran, auf Iran nur begrenzte Auswirkungen haben.

Betrachtet man den gesamten, vom Islam durchdrungenen Raum (arabische Länder, Iran, Türkei, Zentralasien, Afghanistan, Pakistan, Teile Indiens, Bangladesh, Malaysia und Indonesien), so drängt sich die Vermutung auf: der Fundamentalismus kann nach wie vor Terrain gewinnen. Weshalb?

Man geht aus westlicher Perspektive meistens davon aus, dass das soziale Element die wichtigste Rolle spielt. „Je schlechter, desto besser“, lautet eine einfache Analyse, die beinhaltet: Je grösser die Schichten der sozial Benachteiligten ist, desto grösser ist umgekehrt die Möglichkeit der Fundamentalisten, neue Anhänger ihrer Ideologie zu rekrutieren. Es gibt in der Tat Beispiele, welche diese These belegen – aber wichtiger ist wohl ein anderes Phänomen, jenes des sozialen Wandels ohne wirtschaftliche Perspektive. Es wird von drei Ebenen geprägt:

- Die Migration vom Land in die Stadt, die Urbanisierung: dadurch zerfallen traditionelle Werte, dadurch wird innerhalb der Familien die einst absolute Autorität des männlichen Familienoberhaupts in Frage gestellt. Frauen haben in den Städten Chancen zur Bildung; Frauen integrieren sich ins Berufsleben. Das führt zu sowohl als interessant empfundenen, als auch lästigen Kontakten mit der Männerwelt. Die Fundamentalisten (am Beispiel der Universitäten in Kairo lässt sich das nachvollziehen) sagen den jungen Frauen: ihr habt eure Würde verloren. Wir helfen euch, wenn ihr euch im Gegenzug für unsere islamischen Ideale engagiert.
- Bildung (für junge Männer und Frauen) bedeutet in den meisten Ländern der arabischen respektive der von muslimischen Wertvorstellungen geprägten Welt nicht, dass man beruflich ohne weiteres grosse Chancen erhält. Oft trifft das Gegenteil zu: für die Abgänger der Universitäten gibt's keine adäquaten Positionen. Sie müssen Arbeit weit unter ihrem Bildungsniveau suchen. Die Fundamentalisten versprechen ihnen etwas, das sie allerdings meistens nicht einhalten können.
- Jede westliche Intervention in Nahost, auch jede Aufwallung des Konflikts zwischen Israel und den Palästinensern, führt zu neuen Verunsicherungen, zur inneren „Flucht zum starken Mann“ (Leute wie Saddam Hussein oder Chomeini wurden von breiten Schichten der Bevölkerung kreuz und quer durch die vom Islam geprägte Welt einfach deshalb verehrt und idealisiert, weil sie „dem Westen die Stirne boten“) und zu einem Anschwellen der Bewegung zugunsten der Fundamentalisten.

Allgemein wird spekuliert, über 15 bis 25 Prozent kämen die fundamentalistischen Parteien bei freien Wahlen nicht. Allerdings: In Algerien hätte die fundamentalistische FIS-Partei 1992 eine Mehrheit gewonnen, wäre sie nicht, nach dem ersten Wahlgang, für illegal erklärt worden. Ob sie ähnlich grossen Rückhalt bekäme, wenn jetzt in Algerien wieder freie Wahlen stattfänden, ist allerdings sehr fraglich.

Wie bereits erwähnt, sind die „Fundamentalisten“ nicht aller Länder für Gewalt – einige vertreten die Meinung, sie könnten die Mehrheit der Bevölkerung durch ihr eigenes Vorbild, durch ihre Ideen gewinnen. Die Wende zugunsten der Einführung der shari'a und damit eines islamischen Systems würde sich, so ihre Meinung, harmonisch vollziehen. Was sie strikte ablehnen, ist eine Demokratie westlichen Zuschnitts. Da befinden sie sich im „gleichen Boot“

wie die meisten der von ihnen, also den Fundamentalisten, bekämpften Herrscher in der islamisch geprägten Welt. Demokratie wird als westliches Propaganda-Produkt aufgefasst, und oft stösst man bei der Frage nach der Demokratisierung auf die Antwort: „Wir sind eine Familie, Demokratie aber bedeutet die Spaltung der Familie. Also lehnen wir sie ab.“ Diese Haltung stösst nur in seltenen Fällen auf Opposition von seiten der Bevölkerung – ein Anzeichen für die Effizienz der Zensur und der Geheimdienste, oder ein Anzeichen für Zustimmung?

Belastete Gegenwart, offene Zukunft

Für die Administration des amerikanischen Präsidenten George W. Bush sind die Demokratiedefizite in der Region Mittelost nur unter der Voraussetzung Anlass für Irritation und Kritik, wenn sie bei einem politisch missliebigen Regime auszumachen sind, also etwa in Syrien oder Iran und bis zum Krieg, klar, in Irak. Saudiarabien, die Arabischen Emirate, Kuwait etc müssen keine Schelte aus Washington fürchten – sie gehören ja, wenigstens halbwegs, zur „Achse des Guten“, dem virtuellen Gegenstück zu der von Bush gebrandmarkten „Achse des Bösen“. Vergleichbar das Bild, wenn man etwas über die mittelöstliche Region hinausblickt, nach Zentralasien zum Beispiel. Uzbekistan, früher am Pranger wegen der chronischen Verletzung der Menschenrechte, wird von den USA jetzt schonend behandelt. Es gibt zwar immer wieder Ermahnungen wegen der Unterdrückung der Opposition, der Beschneidung der freien Meinungsäusserung, aber als Partner im „Krieg gegen Terror“ wird Uzbekistan dennoch umworben und mit Hilfsgeldern gehätschelt, seit Präsident Islam Karimow sich entschied, den US-Truppen eine Basis auf dem Terrain Uzbekistans zur Verfügung zu stellen. Ähnlich steht es mit Tajikistan, und nur noch die skandalöse Personenkult-Diktator des Präsidenten Turkmenbaschi in Turkmenistan erntet härtere Kritik von seiten der westlichen Supermacht. Auch sie bleibt folgenlos, denn der „Vater der Turkmenen“ hat ja den US-Flugzeugen im Irak-Krieg Überflugrechte gewährt, und das muss nun irgendwie honoriert werden. Der am meisten umschmeichelte Staat innerhalb der „Achse des Guten“ aber ist Pakistan: Pervez Musharraf (durch Putsch an die Macht gekommen) bekam im Februar 2004 aus Washington sogar noch Streicheleinheiten, nachdem Pakistan als Quelle für die Weitergabe von Atomtechnologie an Nordkorea, Iran und Libyen ausgemacht worden war. Musharraf leiste einen hervorragenden Beitrag im „Krieg gegen Terror“, lobte der Herr im Weissen Haus – so, als ob noch nie jemand gehört hätte, dass Terrortrupps vom pakistanischen Teil Kashmirs aus Attacken ausgeführt hätten, als ob noch nie ein Guerillero vom pakistanischen Territorium aus nach Afghanistan eingesickert sei...

Präsident George W. Bush äusserte nach dem Krieg immer wieder, er habe eine sicherere Welt geschaffen, sicherer als vor dem 11. September 2001 und vor dem Irak-Krieg von 2003. Wird das den neuen Realitäten gerecht? Auf der Positiv-Seite kann vermerkt werden, dass Libyen nun ausdrücklich auf Atomwaffen und andere Massenvernichtungswaffen verzichten will. Iran schwankte zumindest bis zum Sommer 2004 hin und her zwischen Bekenntnissen zur Kooperation mit der Internationalen Atomenergie-Agentur und dem Weste insgesamt und einem Beharren auf dem Recht zu eigenen Entscheidungen. Die im Juni gewählte Führung Irans allerdings will sich in Sachen Atomenergie und Atom-Forschung nicht mehr einschüchtern lassen. Die Furcht vor einem als unberechenbar und offensiv geltenden Amerika spielte bei den Führungen in Tripolis und Teheran beim Hin und Her gewiss eine Rolle. Den Iranern sollte die allerdings nur vorübergehende „Weichenstellung“ zugunsten der Kooperation mit der IAEA eine Verschnaufpause verschaffen.

Was könnten die Folgen sein? Ein Krieg der USA gegen Iran nach dem Muster des Feldzugs gegen Irak? Wohl eher nicht. Iran mit seinem Gebirgsterrain, mit seinen 70 Millionen Men-

schen, mit seiner relativ hoch entwickelten Infrastruktur wäre für die USA ein viel schwieriger Gegner als Irak. Was man sich allerdings vorstellen könnte, wäre eine Attacke aus der Luft auf das noch im Bau befindliche Atomkraftwerk Busheer im Süden Irans, allenfalls auch ein Angriff auf andere Anlagen, in denen die Iraner, wirklich oder angeblich, Zentrifugen für die Urananreicherung haben oder solche Anlagen aufbauen.

Der Korrespondent der „Neuen Zürcher Zeitung“, Viktor Kocher, analysierte: „Der Antiterrorkrieg gleicht in der Erfahrung seit den Mega-Anschlägen auf Amerika viel mehr einem strategischen Leitsatz für eine neue Epoche als einem klar umrissenen und zu gewinnenden Krieg. Die afghanische Hauptstadt Kabul wird trotz dem amerikanischen Grossreinemachen wieder durch Selbstmordterroristen im Stil von Osama bin Ladens Kaida erschüttert. Und Präsident Bush selbst hat zugegeben, dass der Irak nach dem amerikanischen Einmarsch zur Hauptkampffront des Kampfs gegen die Kaida geworden ist, deren Kämpfer erst nachher im Zweistromland eingesickert sind. Die Bedrohung durch „Schurkenregime“ mit Atomwaffen ist zwar um zwei Gefahrenherde vermindert, doch sind die Potentaten von Nordkorea alles andere als unter Kontrolle, und die weltweiten regionalen Spannungen – eine Standardmotivation für den Aufbau von strategischen Arsenalen – haben eher zugenommen.“

Die US-Administration schien beim Beginn des Irak-Kriegs (20. März 2003) davon überzeugt, dass ihre Truppen von der irakischen Bevölkerung mit offenen Armen empfangen würde. Es kam bekanntlich anders: das Regime Saddam Husseins mochte bei der Mehrheit noch so unbeliebt und gefürchtet sein, aber die fremden Besatzer erschienen den Irakern bald auf eine andere Art bedrohlich. Und waren es, aus der Perspektive der Menschen im Zweistromland, auch nicht ohne Grund. 13 000 Todesopfer, die Mehrheit von ihnen Zivilisten, forderte der Krieg, und als US-Präsident Bush am 1. Mai 2003 die „Hauptkampfhandlungen“ für beendet erklärte, lag die Infrastruktur des schon vor Kriegsbeginn durch das UNO-Embargo schwer geschädigten Landes in vielen Bereichen in Trümmern. Bis die Versorgung mit Gas, Wasser und Elektrizität wieder einigermaßen hergestellt war, vergingen bekanntlich Monate, und noch zu Beginn des Jahres 2004 mussten die Iraker an den Tankstellen stundenlang warten – das in einem Land, dessen Ölreichtum den Neid vieler Nachbarn ausgelöst hatte! Die Sicherheitslage blieb prekär bis trostlos, und daran änderte sich auch nichts durch die Erschießung der Saddam-Söhne im Sommer und durch die Festnahme des Ex-Diktators im Dezember. Es gab auch rund ein Jahr nach dem verlorenen Krieg in Irak immer noch genügend aus dem Untergrund operierende Kräfte, deren Anhänger im Kampf gegen die Fremden massenweise zum Selbstmord bereit waren, ja mehr noch: dieser Untergrund organisierte sich in den Monaten nach dem Krieg immer effizienter und damit mörderischer. Viel deutete darauf hin, dass Irak ausgerechnet als Folge des amerikanisch-britischen Kriegs zu einem neuen Tummelfeld für Fundamentalisten aus verschiedenen mittelöstlichen Ländern geworden ist.

Damit zurück zum Thema Erdöl und den Interessen des Westens an der Region Nah- und Mittelost: Sollte es den USA gelingen, die Kontrolle über Irak auf wenigstens einige Jahrzehnte aufrecht zu erhalten, hätten sie wohl auch ein Druckmittel gegen Russland, China und Iran. China wird seinen Energiebedarf schon in den kommenden Jahren nicht allein aus Zentralasien und Russland (plus Zusatz-Lieferungen aus Afrika, vor allem aus Sudan) decken können – es wird noch für lange Zeit vom Nahen Osten abhängig bleiben. Iran wird je länger desto weniger nach China liefern können und wollen – weil seine eigene Bevölkerung von jetzt rund 70 Millionen innerhalb von 20 Jahren auf 95 Millionen anwächst und der eigene Energiebedarf daher kontinuierlich steigen wird. Und weil Iran in bezug auf den Export gerne diversifiziert. Russland andererseits muss oder müsste viel in seine Pipeline-Infrastruktur investieren, um massiv von Exporten in Richtung Westen in Richtung Chinas umzudisponieren. In einem gewissen Rahmen wird Russland das zwar tun, aber es wird nicht genügen, um die chinesischen Ansprüche zu decken.

Saudiarabien, das Land mit den noch immer grössten nachgewiesenen Reserven, bleibt die grosse Unbekannte für die Zukunft. Solange sich die Monarchie an der Macht halten kann, wird Saudiarabien ein verlässlicher Partner in Sachen Erdöllieferungen bleiben. Aber wie stabil ist dieses Regime wirklich? Darüber gehen die Meinungen oft diametral auseinander. Als leider fast gesichert muss man annehmen: die fundamentalistische Opposition ist stark, und sie kanalisiert immer noch Gelder zugunsten von al-Qaida und Osama Bin-Laden. Wird sie eines Tages die Macht in Saudiarabien übernehmen?

Iran ist die andere grosse unbekante Grösse. Nicht, weil das religiöse Establishment prinzipiell gegen den Export seines Erdöls und des Erdgases in Richtung Westen wäre, sondern weil die Führung in Teheran befürchtet, die USA könnten ihm wegen seines Atomprogramms einen Konflikt aufzwingen. Amerikanische Geheimdienste veröffentlichten im Dezember zwar eine Dokumentation, in der aufgezeigt wird: Iran hat im Jahr 2003 Abstand genommen von seinem atomaren Waffenprogramm und konzentriert sich nun tatsächlich auf möglichst viel Eigenständigkeit hinsichtlich der atomaren Technologie für die Produktion von Energie. Aber die oberste US-Führung bleibt bei ihrer Forderung: Iran muss die Urananreicherung beenden, sonst...

Iran fördert rund 4,2 Millionen Barrel pro Tag, und Iran ist in den letzten Jahren auch beim Erdgasexport immer wichtiger geworden. Würde Iran „blockiert“, dann hätte das Auswirkungen weittragenden Ausmasses.

Erich Gysling